

S-05 Änderung Urabstimmungsordnung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: S Satzungsänderungen

Antragstext

1 Neuer § 12 Urabstimmungsordnung:

- 2 (1) Bei einer Urabstimmung in online-gestützter Form muss durch geeignete technische
3 und
4 organisatorische Maßnahmen sichergestellt sein, dass
- 5 1. die Abstimmenden die korrekte Berücksichtigung ihrer Stimmabgabe
6 zuverlässig und ohne
7 besondere Sachkenntnis überprüfen können und
 - 8 2. die Informationen über die Abstimmenden derart pseudonymisiert werden,
9 dass niemand
10 außer der abstimmenden Person selbst nachvollziehen kann, wie sie
11 abgestimmt hat.
- 12 (2) Die maßgeblichen Softwarekomponenten für online-gestützte Urabstimmungen
13 müssen Open
14 Source (quelloffen) sein.
- 15 (3) Der Bundesvorstand muss der Bundesversammlung oder dem Länderrat bis zum 31.
16 März 2023
17 den Vorschlag für ein Umsetzungs- und Finanzierungskonzept für eine quelloffene
18 technische
19 Lösung für online-gestützte Urabstimmungen vorlegen und diese vorab mit den
20 Landesverbänden
21 abstimmen.
- 22 (4) Abweichend von Abschnitt 2 können bis zum 31. März 2023 und bei Vorlage des
23 Umsetzungs-
24 und Finanzierungskonzepts bis zur Umsetzung dieses Konzepts nicht-quelloffene
25 Softwarekomponenten verwendet werden, so weit durch eine unabhängige
26 Zertifizierungsstelle
27 festgestellt ist, dass die nicht-quelloffenen Softwarekomponenten die Anforderungen
28 nach
29 Absatz 1 erfüllen.
- 30 (5) Diese Regelung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2025 außer Kraft.

Begründung

Wir möchten eine Urabstimmung über einen eventuellen Koalitionsvertrag ermöglichen.
Die Fristen für eine Urabstimmung per Post sind sehr lang, so dass dies wenig
praktikabel erscheint.

Die AG Elektronische Abstimmungsverfahren hat sich in einem fast zweijährigen Diskussions- und Arbeitsprozess im Auftrag der Bundesversammlung umfassend mit online-gestützten Abstimmungsverfahren für unsere Partei beschäftigt und dabei die Expertise der unterschiedlichen Ebenen wie auch technische Kompetenzen einbezogen. Im Abschlussbericht wurden umfassende Vorgaben und Empfehlungen zum Einsatz online-gestützter Abstimmungsverfahren gegeben. Unter anderem wird eindeutig eine Befristung der Satzungsregelung empfohlen um Erfahrungen zu sammeln. Die Regelung endet automatisch nach Ablauf der Frist. Außerdem wird sich für den Einsatz quelloffener Systeme ausgesprochen, hier wird mittel- bis langfristig die Erarbeitung eines eigenen bzw. eines unterstützten Systems angestrebt. Zwischenzeitlich sollen nicht- quelloffene Softwarekomponenten verwendet werden, die entweder unabhängig zertifiziert sind oder von vertrauenswürdigen Partner*innen entwickelt werden, um die Risiken zumindest teilweise vertretbar zu halten.